

# Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzige deutsche Tageszeitung in Litauen.

Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.  
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.  
Telegrammadresse: Litru Kaunas.  
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.  
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.  
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.  
Nr. 26.

Kowno, Freitag, 11. Februar 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.  
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen  
für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland  
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.  
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 2 Mark.  
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigetrich) 4 M. 50. Pf.  
Reklame die Zeile 3 Mark.  
Preisaenderungen behält sich die Redaktion vor.

## Die Schweiz lässt die Durchführung von Ententetruppen für Wilna nicht zu.

BERN, 8. 2. (Elta).

Der Bundesrat nahm zur Frage des Durchtransportes der für das Abstimmungsgebiet von Wilna bestimmten Völkerbundtruppen Stellung und kam zu dem Schluss, dass die Schweiz grundsätzlich in keinem Falle verzichte, den Durchtransport zuzulassen. In vorliegenden Falle kam der Bundesrat zu dem Entschluss, dass Gesuch, die zur Durchführung der Volksabstimmung nach Wilna zu entsendenden Völkerbundtruppen durch die Schweiz durchzulassen, abzulehnen.

Diese ablehnende Haltung ist das Ergebnis einer Interpellation, die der Abgeordnete Brügger zur Zeit des Krieges schweizerischer Generalstabsoffizier, in Parlament eingebracht hat. Brügger interessierte sich sehr für die litauische Frage und hat den Direktor des Informationsdepartements unseres Ministeriums des Ausseren, als er sich in der Schweiz aufhielt, wiederholt zu sich gebeten und sich eingehend über Litauen unterrichten lassen. Brügger hat in der Schweizer Presse unzweideutig darauf hingewiesen, wie rechtswidrig das Verhalten der Polen gegenüber Litauen ist und dass die Schweiz die Durchführung der für das Abstimmungsgebiet von Wilna bestimmten Truppen des Völkerbundes nicht zulassen dürfte.

## Polnische Bemühungen um „Mittellitauen“

Warschau, 9. 2. (Elta).

Nach einer Warschauer Radiomeldung hat die polnische Regierung „Mittellitauen“ eine Anleihe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage angeboten.

Die Verwaltung „Mittellitauens“ wird in Kürze mit der Verwaltung Polens vereinigt werden.

## Der litauisch-polnische Konflikt und der Völkerbundsrat.

Berlin, 9. 2.

Wie das Berliner „Elta“-Büro meldet, ist der litauisch-polnische Konflikt auf die Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundsrates vom 21. Februar gesetzt worden.

## Schlägt ihm das Gewissen?

Basel, 9. 2. (Elta).

Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ aus Berlin hat Pilsudski auf seiner Fahrt nach Paris, entgegen seinem anfänglichen Vorsatz, es vermieden, Berlin zu berühren und seinen Weg über Kottbus—Halle—Hannover genommen, wie es heisst, um etwaigen Demonstrationen aus dem Wege zu gehen.

## Aus dem polnischen Seim.

Warschau 8. 2. (Elta)

Nach einer Warschauer Radiomeldung beschäftigte sich der polnische Seim in seiner Sitzung vom 6. Februar fast ausschliesslich mit der Beratung der Konstitution, die in zweiter Lesung beendet wurde. Die Mehrzahl der Paragraphen wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. In der Frage der Präsidentenwahl wurde beschlossen, dass die Volksvertretung, bestehend aus dem Seim und dem Senat, die Wahl vornehmen soll. Ebenso wurde eine Bestimmung aufgenommen, wonach im Falle eines Krieges die Führung des Meeres nicht in den Händen des Präsidenten liegen soll. Der Vorsitzende des Seims stellte fest, dass der Entwurf gemäss der Geschäftsordnung an die Kommission zurückverwiesen wird, dass man aber hoffen könne, der Seim werde im Laufe eines Monats die Verfassung endgültig annehmen.

Nach einer weiteren Meldung aus Warschau herrscht in den Kreisen des polnischen Seims die Tendenz, die dritte Lesung der Verfassungsvorlage noch vor Ostern zu beenden. Pilsudskis Rückkehr nach Warschau wird für den 8. Februar erwartet.

## Von der Pariser Konferenz.

### Weitere deutsche Proteste.

Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung umfassende Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Pariser Beschlüsse u. a. wie folgt:

Vom Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbesondere der lediglich auf die Anstrengungen von Kopf und Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer, gibt es auf die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche des Pariser Reparationspassus nur die eindeutige Antwort: Nein! Dass gilt von den vertragswidrigen Zumutungen, wie dem Verlangen 42 jähriger Zahlungen für Summen, die in der vertraglichen 30 jährigen Höchstdauer der Belastung aus Deutschland herauszuholen sogar die Entente für unerfüllbar ansieht; es gilt allgemein von der willkürlichen Festsetzung der Summen, ohne Rücksicht auf die Vertragsverpflichtung, sie dem Deutschen Reiche auf Grund wirklicher, im einzelnen nachzuweisender Schadensersatzansprüche zu bemessen. Vor allem gilt es von dem Verlangen einer zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten der gegnerischen Staaten, welche die deutsche Volkswirtschaft in einen Frondienst für das feindliche Ausland, die deutsche Ausfuhr zum wertlosen Scahten einer solchen und die Ernährung weitester Kreise unseres Volkes zu einem unabwehrbaren Hungerdasein herabzudrücken droht. Der im Verein damit erhobene Anspruch auf Zollkontrolle einschliesslich der Ermächtigung für den Wiederherstellungsausschuss, gegebenenfalls Zollerhöhungen vorzuschreiben, würde, von der darin liegenden Herabwürdigung eines Kulturvolkes zu einem afrikanischen oder asiatischen Vasallentum ganz abgesehen, vollends jede wirtschaftliche Lebensmöglichkeit unserer Nation in der Hände der Entente geben.

Sklavensarbeit will der Deutsche, werden unsere deutschen Arbeiter und Angestellten niemals tun! Namens der zwei Millionen im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fordern wir alle Parteien, Berufsverbände und sonstigen für Deutschlands Zukunft mitverantwortlichen Organisationen auf, die Regierung in ihrem schweren Abwehrkampf nachhaltig zu unterstützen und in dieser höchsten Not Schicksalsfragen der Nation endlich über alle inneren Gegensätze, über die Rücksicht auf Wahlen und kleinliche Tagesbedürfnisse zu stellen.

## Zu der bevorstehenden Konferenz in London.

Paris, 7. 2. (Elta).

Wie „Intransigeant“ meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand und Doumer vertreten sein.

Aus einem Bericht der „Morning Post“ geht hervor, dass der deutsche Minister des Ausseren, Dr. Simons, noch keinen Beschluss über die Entsendung einer Abordnung zu den Verhandlungen in London gefasst hat.

## Harding und Versailles.

London, 5. Februar. Einer der einflussreichsten amerikanischen Senatoren Amerikas hat dem Korrespondenten der „Morningpost“ über die Pariser

Hardings folgende Erklärungen gegeben: Der Ausgangspunkt der Politik des neuen republikanischen Regimes wird die Aufhebung aller politischen Verpflichtungen in Europa sein. Wir werden vor allem einen Sonderfrieden mit Deutschland schliessen. Dann wird für die Vereinigten Staaten auch der Vertrag von Versailles nicht mehr bestehen. Indem wir die Ratifizierung des Vertrages von Versailles ablehnen, ziehen wir uns von dem Bündnis mit den Alliierten zurück. Auf die Frage ob sich Amerika dem Völkerbunde anschliessen werde, erwiderte der Senator, Amerika bleibe absolut ausserhalb des Völkerbundes.

## Wirtschaftliches aus Räterussland.

Moskau, 8. 2.

Nach einer Meldung des „Ekonomitscheskaja Shisn“ werden infolge der durch den Krieg geschaffenen kritischen Lage im Wirtschaftsleben viele Fabriken geschlossen. Die Mehrzahl der geschlossenen Fabriken entfällt auf die Metallindustrie, die Zahl der dadurch erwerbslos gewordenen Arbeiter beträgt etwa 7—8000 Mann.

Auf dem zweiten Bergarbeiterkongress in Moskau teilte Baschanow mit, dass in den Kohlengruben des Donbeckens die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften immer schwieriger wird. Bei 133 000 Arbeitern im Jahre 1920 gegenüber 168 000 Arbeitern im Jahre 1913 beträgt die Förderungen an Kohlen nur etwa ein Sechstel der Förderung von 1913. Der Grund dafür ist in den schwierigen Arbeitsverhältnissen und dem grossen Mangel an Maschinen zu suchen, wodurch die Arbeiter gezwungen sind, die früheren mechanischen Arbeit der Maschinen durch Handarbeit zu ersetzen.

Gubkin machte Mitteilungen über die Petroleumindustrie. Während des Krieges begann die Produktion bedenklich zu fallen und führte schliesslich zu einer Krisis in aller Produktionsgebieten.

Aus dem Angaben Karinzews über die Salzproduktion ist zu entnehmen, dass diese von 115—120 Millionen Pud im Jahre 1913 auf wenig mehr als 20 Millionen Pud in Jahre 1920 gesunken ist. Gegen das Jahr 1913 ist die Zahl der Arbeiter auf etwa ein Viertel gesunken, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitskraft hat sich gleichfalls von 175 auf 115 Pud vermindert.

Tomski sprach über die Pflichten der Gewerkschaften hinsichtlich der Organisation der Produktion. Er führte aus, dass die Verstaatlichung der Gewerkschaften unter Berücksichtigung der realen Lebensverhältnisse automatisch vor sich gehe. Der Prozess der Verstaatlichung erfolge auf dreierlei Art: Durch Entsendung von Vertretern der Gewerkschaften in die staatlichen Organe, durch die Bildung von entsprechenden Körperschaften zusammen mit den staatlichen Organen und durch die Übernahme einer ganzen Reihe von staatlichen Aufgaben und Funktionen. Der Berichtstatter betonte ferner, dass die geringe Kraft der Gewerkschaften in den unaufhörlichen Mobilisierungen ihre Ursache habe, und wies darauf hin, dass die Gewerkschaften nur schwer von ihrem Rechte, an dem wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, Gebrauch machen könnten, da es ihnen an Mitgliedern fehle. (Elta).

## Berliner Börse.

Die Kursnotierungen vom 9. Februar waren bis Redaktionschluss von Königsberg noch nicht übermittelt.

Die Redaktion.

## Amerikanische Luftpost.

(Schluss).

Für den Nachtflugdienst sollen Verwendung finden zunächst 15 dreimotorige Caproni-Dreidecker, sowie die neuen dreimotorigen (3x400 PS Liberty) Lawson-G-Flugzeuge von 40 m Spannweite, die eigens für den Nachtflugdienst konstruiert und ausser der Post 15 Fluggäste zu tragen vermögen.

Die letzte Erweiterung des Luftpostnetzes ist die Tevin Cities-Linie von Chicago nach St. Paul und Minneapolis. Die Gesamtflugleistung auf allen Linien beträgt über 3000000 km. Das gesamte Personal der Flugpostabteilung mit sämtlichen Mechanikern und Arbeitern umfasst 350 Mann, von deren 52 fliegendes Personal sind. Die Flugpost verfügt über 21 Flughäfen, die in einem durchschnittlichen Abstände von 300 km angelegt sind und die Möglichkeit der Durchführung sämtlicher Reparaturen bieten. Die Kosten des gesamten Betriebes, einschliesslich Abschreibungen der Flugzeuge, waren 553.000 Dollar. Befördert wurden 23463120 Poststücke, so dass auf jede 2.36 Cent Beförderungskosten entfallen, weniger, als die Beförderung durch die Bahnpost erforderte, selbst abgesehen von dem grossen wirtschaftlichen Gewinn, den die Verkürzung der Beförderungszeit um 16-36 Stunden darstellt.

Die Kosten für die Neubeschaffung von Postflugzeugen waren im Berichtsjahr sehr gering, da die weitaus meisten bisher verwandten Apparate umgebaute Kriegsflugzeuge sind, die von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Im laufenden Jahre werden sich diese Kosten beträchtlich erhöhen, aber voraussichtlich mehr als aufgewogen werden durch die Ersparnisse, die sich mit den neuen, rein für Flugpostbeförderung konstruierten, weit wirtschaftlicher arbeitenden Flugzeugen erzielen werden können. In diesem Zusammenhange werden die ausgezeichneten Leistungen der Junkers-Metalleindecker gerühmt, die gegenüber den veralteten Kriegsflugzeugen eine um 50 vH grössere Wirtschaftlichkeit aufweisen.

Die Anzahl der Unfälle ist gering geblieben in Anbetracht des Umstandes, dass auf die Witterung keine Rücksicht genommen werden kann; acht Flugzeugführer sind seit Eröffnung der Flugpost im Mai 1918 tödlich abgestürzt. Ausser den von der Postverwaltung selbst betriebenen Linien sind in letzter Zeit auf Grund eines Gesetzes des Kongresses mit privaten Unternehmungen Verträge über die Beförderung von Flugpost abgeschlossen worden, und zwar für folgende Strecken, die sich bereits im Betrieb befinden: Key West—Havanna, durch Grossflugboote der Aeromarine West Indies Airways-Incorpor., New York—Washington, Raleigh-Columbia-Atlanta, 1800 km, Pittsburg—Columbus—Cincinnati—Indianapolis—St. Louis, 1000 km, New York—Harrisburg—Fort Wayne—Chicago, 1200 km. Letztere Linie wird von der Lawson-Aircraft-Co. mit ihren neuen G-Flugzeugen mit Nachtflugdienst im Frühjahr eröffnet werden.

Behindert wird die weitere Entwicklung des Flugpostnetzes vorläufig noch durch eine gesetzliche Bestimmung, die der Senat gegen den Widerspruch der Postverwaltung und der beteiligten Stadtverwaltungen erlassen hat und nach der die Schaffung nur solcher neuen Luftpostlinien gestattet ist, deren Kosten nicht diejenigen der Beförderung einer gleichen Postmenge durch die Bahnpost übersteigen. Dass trotzdem ein derartiger Ausbau des Luftpostnetzes im vergangenen Jahre möglich war, liegt in den amerikanischen Verhältnissen begründet, in der Abhängigkeit der Bahnpost von Verträgen mit den Eisenbahngesellschaften. Jedoch hat diese Bestimmung die Einrichtung verschiedener Linien verhindert, da auch an Privatunternehmungen, die vertragsweise die Flugpostbeförderung übernehmen wollen, höchstens die Summe, die die Bahnpost beanspruchte, gezahlt werden darf, und unter diesen Umständen liess sich nur auf den genannten Strecken ein gewinnbringender Betrieb ermöglichen, obwohl auch für andere Linien die anliegenden Städte sich verpflichtet hatten, auf ihre Kosten Landungsgelände zur Verfügung zu stellen und Flughäfen mit Werkstattanlagen zu errichten. Das Bestreben der Postverwaltung geht daher dahin, diese Bestimmung, die der wirtschaftlichen Bedeutung der Beschleunigung der Post nicht Rechnung trägt, aus dieser einseitigen Fassung in eine für die Entwicklung der Luftpost günstigere umzuwandeln.

Die Postverwaltung hat ferner ihrer Abteilung Flugpost eine Technische Abteilung angegliedert, die direkt dem Leiter des Flugpostdienstes untersteht, und deren Aufgabe es ist, die Konstruktion

und den Bau neuer Postflugzeugtypen und den Betrieb selbst zu überwachen sowie die technischen Fragen der Organisation des Flugpostdienstes zu bearbeiten, weiterhin soll sie auf eine möglichst wirtschaftliche Ausnutzung der vorhandenen grossen Heeresbestände hinarbeiten.

## Polen und Pommerellen.

Warschau, 8. Februar. Premierminister Witos befasst sich gegenwärtig eifrig mit der Frage einer engeren Vereinigung der ehemaligen preussischen Landesteile mit dem übrigen Polen. Am Montag dieser Woche weilte Witos in Graudenz, wohin er Delegierte aus sämtlichen Kreisen des sogenannten Korridors zu einer Besprechung eingeladen hatte. Es wurde eine Resolution gefasst, die sich für den Zusammenschluss der pommerellischen Kreise mit den Wolowodschaften Posens und Oberschlesiens (!) zu einem Ganzen ausspricht. Bezeichnenderweise war der einzige Delegierte, der diese Entschliessung anzunehmen sich weigerte, das Seim-Mitglied Reger, der Führer der gerade pommerellische Wahlkreise vertretenden Volksarbeiterpartei. Er begründete die Weigerung damit, dass die ihm vorgelegte Resolution die Wünsche seiner Partei nicht berücksichtige.

(Voss. Ztg.)

## Aus dem untergehenden Petersburg

erfahre wir Niemand, der die schöne Residenz in friedlichen Tagen kannte, würde sie heute wieder überall. Sogar das Holzpflaster ist fort, man hat es als Heizmaterial benutzt. „Man sieht keine Menschen mehr, nur noch Schatten.“ Ein Fläschchen Milch kostet 1000 Rubel, ein Pfund Fleisch 2500, ein Pfund Kartoffeln 300 Rubel, für das schlechteste Brot gilt es 500 Rubel fürs Pfund zu zahlen. Dtr. einfachste Anzug kostet 250 000 Rubel! Wer sich etwas besser nähren will, hat für ein Pfund Speck 7000 Rbl., für ein Pfund Zucker 10 000 Rbl. aufzubringen, Eine Stecknadl kostet 800 Rbl. „Wenn es so weiter geht, so muss Petersburg in kurzem zur menschenleeren Wüste werden.“

## Zollfreie Gebrauchsgegenstände bei der Einreise nach Lettland.

Nach Verfügung vom 31. Januar d. J. darf eine Person auf Grund eines Auslandpasses zollfrei über die lettländische Grenze bringen: Wertobjekte: 1 Papirossetui, 1 Uhr nebst Kette, 2 Ringe mit Brillanten im Gesamtgewicht von 14 Karat, 1 Paar Ohringe, 1 Armband (Frauen);

Kleider: 2 Mäntel, 5 Anzüge, 12 Oberhemden, 6 Sätze Wäsche, 3 Sätze warmer Wäsche, 12 Paar Strümpfe, 3 Paar Schuhe, 1 Paar Gummischuhe, 2 Bettdecken (1 warme und 1 Sommerdecke), 4 Laken, 2 Pfülle (1 grosses und 1 kleines), 6 Handtücher, 24 Taschentücher, 24 Kragen, 5 Paar Manschetten, 6 Krawatten, 3 Hüte, 2 Tischtücher, 6 Servietten, 2 Paar Handschuhe, 1 Regenschirm; Frauen dürfen ausserdem noch mit sich führen: 2 Kostüme, 4 Kleider, 3 Unterröcke, 6 Blusen, 6 Unterallian, 2 Korsette, 1 grosses Tuch, 3 Kopftücher, 2 Shawls, 1 Muff, 1 Pelzkragen, 1 Federboa, 8 Schürzen, 1 gestrickte Jacke und 2 Matinees;

Geschirr: 2 Messer, 2 Löffel, 2 Tassen, 1 Teekanne, 1 Kaffeekanne, 2 Gabeln, 2 Teller; Lebensmittel: 5 Pfd. Brot, 1 Pfd. Butter oder Fett, 5 Pfd. Fleisch oder Wurst, 1 Pfd. Zucker, 1/4 Pfd. Tee, 1/4 Pfd. Kakao, 100 Stück Papiros.

(Wald. Wehstn. Nr. 26).

## Dänemark gegen die Abrüstung.

KOPENHAGEN, 8. 2. (Elta)

Nach einer Kopenhagener Radiomeldung hat sich der dänische Ministerpräsident am 7. Februar über die Reorganisation des dänischen Ministeriums des Aeusseren und des diplomatischen Dienstes geäussert. Nach seiner Meinung ist eine Umgestaltung durch die durch den Weltkrieg geschaffene Lage unbedingt erforderlich geworden. Er sprach die Hoffnung aus, dass der Völkerverbund hinsichtlich des internationalen Rechtes neue Gesichtspunkte aufstellen werde, die einen tatsächlichen Schutz für die kleinen Staaten bedeuten würden. Unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen könne Dänemark seine Militärmacht nicht verringern.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage bemerkte der Ministerpräsident, dass die dänische Industrie zu ihrer Erhaltung besonderer Anstrengungen bedürfte, da eine ernstliche Krise drohe. Keinesfalls dürfe Dänemark die Einfuhr verbieten oder den Zoll erhöhen.

## Der Sieg der türkischen Nationalisten.

PARIS, 7. 2.

Nach einer „Temps“-Meldung aus Konstantinopel formulierte Mustafa Kemal Pascha die Bedingungen, die er hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, wie folgt: Der Sultan wird ein Irade veröffentlichen, wodurch er die Regierung von Angora als die einzige türkische Regierung anerkennt; der Sultan wird in Konstantinopel verbleiben und die Regierung provisorisch in Angora; das Konstantinopeler Kabinett wird aufgelöst und durch einen besonderen Ausschuss, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora garantiert die Zahlung der Appanage der kaiserlichen Familie und der Gehälter der Beamten.

Diese Bedingungen wurden vom Sultan und der Regierung von Konstantinopel für unannehmbar erklärt. Die Verhandlungen dauern an.

LONDON, 7. 2.

Nach einer Reutersmeldung aus Konstantinopel sendet die Angora-Regierung eine Abordnung zu der Londoner Konferenz. Sie beansprucht für sich allein das Recht, die türkische Regierung zu vertreten.

## Handelsteil.

### Der Ausbau des Königsberger Hafens.

Der Ausbau des Königsberger Hafens, der im Frühjahr 1919 durch Vornahme von Bauarbeiten am neuen Handels- und Industriehafen begonnen wurde, ist von der Stadtgemeinde auch im Jahre 1920 in grösserem Umfange ausgeführt:

Baggerungen rund 290.000 Kubikmeter Boden aus dem Hafenbecken IV und Aufspülung zur Aufhöhung von Hafengelände; Baggerung rund 133.000 Kubikmeter sandiger Füllboden aus dem Hafl und Aufspülung zur Aufhöhung von Hafengelände; Baggerung rund 30.000 Kubikmeter Boden am südlichen Pregelufer östlich der neuen Eisenbahnbrücke und Aufschwemmung zur Aufhöhung von Hafengelände; Herstellung von Beton und Ziegelsteinmauerwerk der Ufermauer am Hafenbecken IV mit etwa 6000 Kubikmeter; Herstellung der Eisenkonstruktion für den Stromzuführungskanal, Pollerverankerung, Steigleitern und der Befestigungsrahmen der Reibhölzer und dessen teilweiser Einbau Herstellung der Uferbefestigung am südlichen Pregelufer östlich der neuen Eisenbahnbrücke; Pflasterung der III. Trift (zum Teil); Beschaffung von Gleis- und Plastermaterial für Hafengeleise und Strassen; Herstellung von Beton und Ziegelmauerwerk und Eisenbetonsäulen und Decken für das Kellergeschoss des Gruppenspeichers; Herstellung von Beton und Ziegelmauerwerk für das Kellergeschoss des Zwangseinlagerungsspeichers; Herstellung von Beton und Ziegelsteinmauerwerk für das Wohn- und Verwaltungsgebäude und Beginn des inneren Ausbaus.

### Die Holztarife in der Verkehrsabgabe im Memelgebiet.

Auf Verordnung des Gouverneurs des Memelgebiets wird seit dem 1. Januar 1921 eine Sondergebühr erhoben, die für Holz nachstehende Sätze aufzuweisen hat. Es werden erhoben: von Brennholz 0.5 Pf., Papierholz 1.5 Pf., Rundholz, weich, 3.0 Pf., Rundholz, hart 2.0 Pf., Schnittwaren 2.0 Pf., Zellulose 2.0 Pf., Sperrplatten 5.0 Pf., Behauene Hölzer 1.5 Pf., Eichene Stäbe 5.0 Pf.

Die Berechnung der Sondergebühr beim Floss- und Schiffsverkehr geschieht nach folgendem Tarif: 1 rm Brennholz=600 kg., 1 rm Papierholz=600 kg., 1 cbm Weichholz=800 kg., 1 cbm Hartholz=1000 kg., 1 cbm Schnittholz=760 kg., 1 cbm Sperrplatten=800 kg., 1 cbm behauene Hölzer=800 kg., 1 cbm eichene Stäbe 1000 kg.

Die Sondergebühr ist zu zahlen: Bei Gütern, die von ausserhalb des Memelgebiets in den Versandstellen eingehen, vom Empfänger bei Gütern, die innerhalb des Memelgebiets zum Versand aufgegeben werden, vom Versender. Im Durobhangsverkehr haftet für die Abgabe das Gut, falls weder Empfänger noch Versender zur Entrichtung der Sonderabgabe herangezogen werden können.

## EINE REICHSDEUTSCHE

Die das Kochen gut versteht wird gesucht für eine Stelle in Berlin. Meldungen:

Neuestr. Nr. 4. W. 4. b/Herrn. W. Braude  
Telef. Nr. 75.

## Spinnerei und Webereimaschinen

sowie MASCHINEN für ANDERE INDUSTRIEN und LANDWIRTSCHAFT LIEFERT neu oder gebraucht in garantiert betriebsfähigem Zustande.  
GEORG KITTEL in COTTBUS  
DEUTSCHLAND.

## Zimmer

geeignet für Büro-zwecke sind zu vermieten:  
Ozeskenio g.-vc. 4.

## Neue Journale

eingetroffen!  
Buchhandlung der „Lit. Rundschau“.